

## **Call for Papers für die Tagung**

### **„Zwischen Exzellenz und Expansion: Südwestdeutsche Wissenschaftspolitik im deutschen und europäischen Kontext von 1978 bis heute“**

**Hauptstaatsarchiv Stuttgart, 25./26. September 2024**

Der Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Mannheim und die Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg laden in Kooperation mit dem Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, sowie der Landeszentrale für Politische Bildung Forschende der Geschichtswissenschaft, der Soziologie und Politikwissenschaft, der Hochschul- und Bildungswissenschaft sowie angrenzender Disziplinen dazu ein, Vorschläge für Beiträge zur Tagung „Zwischen Exzellenz und Expansion: Südwestdeutsche Wissenschaftspolitik im deutschen und europäischen Kontext von 1978 bis heute“ einzureichen.

Die Tagung findet am 25.-26. September 2024 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart statt. Ziel ist es, sich über Fragen der bisher weitgehend ungeschriebenen Geschichte der deutschen Wissenschaftspolitik seit den 1970er Jahren auszutauschen. Die Tagung ist Teil des aus Mitteln des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg finanzierten Projekts „Wissenschaftspolitik in Baden-Württemberg von 1978 bis heute“. Sie nimmt ihren Ausgangspunkt in den Entwicklungen des Südwestens, die national und international eingebettet werden sollen.

#### **Entwicklungstendenzen seit den späten 1970er Jahren**

Während die bundesdeutsche Wissenschaftspolitik für die Ära der hochschulpolitischen Aufbrüche bis Mitte der 1970er Jahre sehr gut erforscht ist, fehlen für die Zeit danach quellenbasierte zeithistorische Studien. Ausgehend von der Aufspaltung des Kultusministeriums in ein „Ministerium für Wissenschaft und Kunst“ sowie ein „Ministerium für Kultus und Sport“ im April 1978, die sich vergleichbar auch in anderen Bundesländern ereignete, sah sich das Land vor die Aufgabe gestellt, den Spagat zwischen einem verbesserten Zugang zu allgemeiner tertiärer Bildung („Bildung als Bürgerrecht“) bei gleichzeitiger Förderung elitärer Spitzenforschung zu meistern. In Baden-Württemberg verbindet sich damit traditionell der Anspruch, „Forschungsprimus“ in der BRD zu sein, ohne jedoch die Ausbildung der „Massen“ in einem expandierenden und zugleich zunehmend ausdifferenzierten Hochschulsystem zu vernachlässigen. In der Ära Späth der 1980er Jahre gestaltete sich dies überwiegend als „Flaggschiffpolitik“ (z.B. Wissenschaftsstadt Ulm, Technologiefabrik Karlsruhe) bei gleichzeitigem Ausbau der Fachhochschulen und der Berufsakademien.

Zu Beginn der 1990er Jahre kündigten sich nationale wie internationale/europäische Entwicklungen an, denen sich auch Baden-Württemberg nicht entziehen konnte und wollte, zumal sich die dortigen Wissenschaftspolitiker und Wissenschaftspolitikerinnen sowie Vertreter und Vertreterinnen der Hochschulen des Landes nachhaltig in die Transformation der europäischen Wissenschaftslandschaft einbrachten: Doch während die Bologna-Reformen die universitäre Lehre revolutionierten, belasteten gleichzeitig Sparzwänge die Strukturreformen. Dies wurde schon zeitgenössisch unter Schlagwörtern wie „Ökonomisierung“ und „Neoliberalisierung“ kritisiert. Seither prägen Wettbewerbsparadigmen, eine wissenschaftsutilitaristische Orientierung an der Drittmittelakquise sowie die Einführung betriebswirtschaftlicher Elemente in das Hochschulmanagement den universitären Alltag.

Gestalteten sich Mega-Trends wie Digitalisierung oder Internationalisierung als stete Begleiter der Hochschulreformen dieser Dekaden, so führten die Exzellenzinitiativen zum Aufbau spezieller Forschungsinfrastrukturen innerhalb der Hochschulen, die deren bisherige institutionelle Logik

durchbrachen, jedoch die Basisfinanzierung nicht deutlich verbesserten. Zugleich entstanden sie zusätzlich und teils in Konkurrenz zu den bestehenden außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Sie waren Zukunftsvision wie auch Feindbild im wissenschaftspolitischen Diskurs. So waren es nicht zuletzt die Stakeholder der Universitäten – ihre Professoren und Professorinnen, Studierenden, die Verwaltung wie auch eine interessierte mediale Öffentlichkeit – die zur bisweilen chaotischen, stets krisenhaften Polyphonie eines hochschul- und wissenschaftspolitischen Diskurses beitrugen.

## Profil der Tagung

Das Symposium will die Entwicklungstendenzen einer breit verstandenen Geschichte der Hochschul- und Wissenschaftspolitik des Südwestens seit den 1970er Jahren auf zweierlei Weise national und international einordnen: Zum einen erhoffen wir uns chronologisch angelegte Beiträge zu den Untersuchungszeiträumen der Achtziger, Neunziger und Zweitausender Jahre. Hier sind bereits erste archivbasierte Studien möglich, wobei wir uns im Interesse des Vergleichs über Beiträge zu anderen Bundesländern freuen würden. Zweitens erhoffen wir uns übergreifende, systematische Beiträge, die sich den wissenschafts- und hochschulpolitischen Konstanten seit den späten 1970ern widmen, etwa zur Wettbewerbsorientierung, dem Übergang zur Hochschulautonomie, zur Lehrreform, der Europäisierung sowie dem wachsenden Interesse an Nachhaltigkeit. Auch Beiträge zur Frage der Chancengleichheit des Bildungs- und Wissenschaftssystems bei gleichzeitigem Exzellenzstreben sowie dem Umbau von Governance-Strukturen, die Peter-André Alt als „Neoliberale Revisionen“ charakterisiert hat, sind willkommen.

Der Ansatz der Tagung ist grundsätzlich zeithistorisch, jedoch sind transdisziplinäre Zugriffe wie auch Beiträge aus Politikwissenschaft, Hochschulforschung, Erziehungswissenschaft und Soziologie etc. erwünscht. Die Tagung richtet sich sowohl an Nachwuchsforscherinnen und -forscher wie auch an etablierte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen gleichermaßen.

Die Tagung findet am **25.-26. September 2024** in Präsenz im **Hauptstaatsarchiv Stuttgart** statt. Reise- und Übernachtungskosten werden auf Basis des Landesreisekostengesetzes erstattet. Interessierte werden gebeten, sich bis **zum 1. März 2024** Vorschläge in Form eines kurzen Abstracts (ca. 500 Wörter) sowie Kurz-CV (ca. 1 Seite) bei Joshua Haberkern, Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Mannheim (jhaberke@mail.uni-mannheim.de), einzureichen.

## Rückfragen an:

Joshua Haberkern, M.A.

[jhaberke@mail.uni-mannheim.de](mailto:jhaberke@mail.uni-mannheim.de)

Universität Mannheim

Historisches Institut

L7, 7, 68161 Mannheim

<https://www.phil.uni-mannheim.de/zeitgeschichte/>

**Organisationsteam:** Prof. Dr. Philipp Gassert, Lehrstuhl für Zeitgeschichte, Universität Mannheim; Dr. Maike Hausen, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg; Prof. Dr. Sabine Holtz, Vorsitzende der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg; Prof. Dr. Peter Rückert, Landesarchiv Baden-Württemberg, Leiter des Hauptstaatsarchivs Stuttgart.